

SVP aus dem Bundesrat? Nein, sagt die SP

Die SP-Co-Spitze kritisiert die SVP hart. Die «Diktatur»-Sprachregelung sei sehr gefährlich. Den Rauswurf der Partei aus der Regierung fordert sie aber nicht.

Othmar von Matt

BERN. Es sind erstaunliche Aussagen, die SP-Co-Präsident Cédric Wermuth macht, nachdem die SVP die Schweiz als «Diktatur» bezeichnete – und SP-Bundesrat Alain Berset als «Diktator». «Alle grossen Parteien gehören in unserem System in die Regierung, auch die SVP», sagt er. «Wenn sie sich aus der Verantwortung stehlen und die Regierung verlassen will, muss sie das schon selber tun. Wir fordern nicht ihren Rauswurf.»

Cédric Wermuth und Mattea Meyer wollen die SVP weiterhin in der Regierung. Sie setzen damit den Akzent zu ihr anders als Vorgänger Christian Levrat. «Die Frage stellt sich, ob der SVP weiterhin zwei Sitze in der Landesregierung zustehen sollen», hatte er im Herbst in der «NZZ am Sonntag» gesagt. Levrat ermunterte zur Abwahl eines SVP-Bundesrats: «Heute muss man vor der SVP keine Angst mehr haben. Das System muss reagieren. Und die Blocher-Abwahl im Jahr 2007 hat gezeigt, dass es funktionieren kann.»

Mit Wermuths Worten verabschiedet sich die SP von Levrats Drohkulisse, die SVP müsse konkordanter werden, sonst fliege sie mindestens teilweise aus der Regierung. Auch wenn es Wermuth offenlässt, wie sich die SP verhält, sollte etwa SVP-Bundesrat Ueli Maurer vor 2023 zurücktreten. «Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sind wichtig», sagt er. «Sollte es vor den Wahlen einen Rücktritt geben, werden wir die Situation dann beurteilen.»

Vergleich mit Donald Trump

Der Co-Präsident äussert sich sonst sehr deutlich zur Oppositionspolitik der SVP. «Wir sind alle Regierungs- und Oppositionspartei», sagt er. «Die neue Qualität bei der SVP besteht aber darin, dass sie eine offene Obstruktionspolitik betreibt mitten in der grössten gesundheitsspolitischen Krise seit Jahrzehnten.» Mit dem Insistieren auf dem Begriff «Diktatur» Sorge die SVP zudem «für eine Radikalisierung», sagt Wermuth. «Sie nimmt eine gewalttätige Eskalation in Kauf, gibt einem sehr rechten Teil der Bevölkerung das Signal, er dürfe sich ausserhalb der demokratischen Spielregeln bewegen.»

Wermuth vergleicht die Angriffe der SVP mit jenen von Donald Trump in den USA. «Er stellte die Demokratie auch nie offen in Frage», sagt er. «Trump sprach aber vom Diktat der Demokraten und dem gestohlenen Sieg. Damit gab er seinen Anhängern die Legitimation, Ge-



Tragen den Coronakurs des Bundesrats mit: Die SVP-Vertreter Guy Parmelin (Mitte, Präsident) und Ueli Maurer (Finanzminister, rechts daneben).

BILD KEY

walt anzuwenden.» Auch die Kritik der SVP an Anne Lévy und Nora Kronig, Direktorin und Vizedirektorin des Bundesamts für Gesundheit, vergleicht er mit Trumps Attacken auf den Immunologen Anthony Fauci. Die SVP versuche, «die Verwaltung einzuschüchtern». Das sei «umso grotesker», als sie Bundes-, National- und Ständeratspräsidenten stelle.

Wermuth nimmt auch den Freisinn in die Pflicht. «Die FDP ist für mich die grösste Enttäuschung», sagt er. «Sie führt wieder brav aus, was Herrliberg vorgibt. Aus reinem Angst vor Wählerverlust.» Die FDP scheine den Anspruch «auf eine eigenständige, liberale Positionierung leider wieder aufgegeben» zu haben. Für ihn widerspiegelt die Vierermehrheit von FDP und SVP im Bundesrat die realen Mehrheitsverhältnisse in Volk und Parlament nicht mehr. «Vor al-

lem der Nationalrat hat sich stark verändert.» Besonders gefährdet ist 2023 für ihn die FDP: «Sie ist die Partei, die im Bundesrat eindeutig am stärksten übervertreten ist.»

Aeschi: «Differenzierte Diskussion»

SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi verteidigt den Begriff «Diktatur». «Als das Parlament das Epidemien Gesetz beriet, ging es nie davon aus, dass es zu einem derartigen Machttransfer hin zum Bundesrat kommen könnte, wie es in der Pandemie zwölf Monate lang der Fall ist», sagt er. Der Ausdruck «Diktatur» sei in diesem Zusammenhang entstanden. «Es gibt ein Problem in der Konzentration der Macht bei der Exekutive», sagt er. «Das Parlament will, dass das Epidemien Gesetz revidiert wird und es dem Bundesrat während einer längeren Pandemie direkt Vorge-

ben machen kann – ohne Umweg über eine eigene Notverordnung.» Zum Vorwurf, die SVP legitimierte Gewalt, sagt Aeschi: «Wir Parteien und die Stimmbürger diskutieren die Machtkonzentration des Bundesrats differenziert in den Medien. Das zeigt eben gerade, dass dies ein demokratischer Prozess ist. Gewalt ist keine im Spiel.» Und zur Kritik an Lévy und Kronig: «Parlamentarier dürfen Spitzenbeamte, die an Pressekonferenzen auftreten und über 300 000 Franken verdienen, sehr wohl für Verfehlungen in ihrem Verantwortungsbereich kritisieren.»

Und FDP-Vizepräsident Andrea Caroni sagt zu den Vorwürfen am Freisinn: «Wir verfolgen eine unabhängige liberale Politik. Die Unterschiede zwischen FDP und SVP sind um ein Vielfaches grösser als zwischen SP und Grünen.»

«Die FDP ist für mich die grösste Enttäuschung. Sie führt wieder brav aus, was Herrliberg vorgibt.»

Cédric Wermuth
Co-Präsident SP Schweiz

Jetzt geht es um eine Einigung

Das Parlament geht in die nächste Runde um einen informellen Gegenvorschlag zu den Trinkwasser- und Pestizidinitiativen. Das Geschäft ist nächste Woche erneut im Nationalrat. Offen sind noch zwei Punkte. In einem zeichnet sich ein Kompromiss ab.

Andrea Tedeschi

BERN/SCHAFFHAUSEN. Beim informellen Gegenvorschlag zu den beiden Pestizidinitiativen, über die das Stimmvolk im Juni abstimmt, gibt es noch keine Einigung. Strittig sind zwei Punkte. Das Geschäft geht voraussichtlich am Dienstag nochmals in den Nationalrat. «Wir werden am Zuströmbereich festhalten, sonst muss das Geschäft in die Einigungskonferenz», sagt Martina Munz, Schaffhauser Nationalrätin (SP). Ihr Ratskollege Leo Müller, Luzerner Nationalrat (CVP) und Vizepräsident der zuständigen Wirtschaftskommission, sagt dagegen: «Welche Lösung sich durchsetzen wird, ist offen. Tendenziell setzen sich in Einigungskonferenzen aber die Ideen des Ständerates eher durch.» Hannes Germann, Schaffhauser Ständerat (SVP), ist ebenfalls überzeugt: «Der Ständerat wird sich bei den Zu-

strömbereichen durchsetzen. Ohne Vernehmlassung geht nichts.»

Ungewisse Folgen für die Bauern

Beide Räte wollen die Kantone dazu verpflichten, in der Umgebung von Grundwassererfassungen schärfere Vorgaben für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu erlassen. Der Ständerat will zuerst die Kantone und Betroffene anhören, das möchte aber die Mehrheit des Nationalrats nicht. Die Kantone hätten die Zonen längst ausscheiden sollen. Oft scheiterten sie aber am Widerstand der lokalen Landwirte. Das erstaunt Müller nicht. Er ist im Nationalrat in der Minderheit, die sich für eine Vernehmlassung einsetzt und sagt: «Die Zuströmbereiche machen 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen aus, das ist viel, und es sind zudem die besten Böden. Auch sind die Folgen für die Landwirte nicht geklärt.»



«Wir werden am Zuströmbereich festhalten, sonst muss das Geschäft in die Einigungskonferenz.»

Martina Munz
Schaffhauser Nationalrätin (SP)

Am Mittwoch stimmte der Nationalrat einer Motion zu, welche die Zuströmbereiche separat ausscheiden will. Der Bund soll die Kantone finanziell zudem unterstützen, sofern sie die Zuströmbereiche bis 2030 umgesetzt haben. «Zusammen mit der Motion hätten wir einen wirksamen Trinkwasserschutz als griffige Antwort auf die beiden Abstimmungsvorlagen. Denn selbst wenn ein Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter gilt, sagt das noch nichts darüber aus, wie viele Wirkstoffe sich als Cocktail im Wasser befinden und wie sich diese langfristig auf die Biodiversität und Wasserlebewesen auswirken», sagt Munz, doch bis die Motion umgesetzt sei, dauere es mindestens ein bis zwei Jahre. Ähnlich sieht es Kilian Baumann, Berner Nationalrat (Grüne): «Mit dem Umweg über die Motion wird die Bezeichnung der Zuströmbereiche verzögert. Man kann auch provokativ sa-

gen, dass die Gegner genau das beabsichtigen haben.»

Ein Kompromiss in Sicht

Der zweite noch offene Punkt betrifft den Import von Futter und Dünger, der als zu viel Gülle in die Umwelt gelangen kann und zugunsten der Biodiversität reduziert werden soll. Wer Dünger und Futter in Umlauf bringt, soll dem Bund die Lieferungen offenlegen. Während der Ständerat der Ansicht ist, dass die Landwirte nur Dünger und Kraftfutter melden sollten, will der Nationalrat Dünger und alles Futter berücksichtigen. «Entweder wir gehen in die Einigungskonferenz oder es wird auf einen Kompromiss hinauslaufen», sagt Baumann. Eine Möglichkeit sei, dass es mindestens beim Kraftfutter mehr Transparenz gebe. Germann stimmt ihm zu: «Es läuft auf einen Kompromiss hinaus mit möglichst wenig Bürokratie.»